

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 100. Sitzung

(neu)

am Donnerstag, dem 10. September 2015, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

| | |
|--|--------------------------|
| Thomas Rother (SPD) | Vorsitzender |
| Tobias Koch (CDU) | |
| Hans Hinrich Neve (CDU) | |
| Peter Sönnichsen (CDU) | |
| Birgit Herdejürgen (SPD) | |
| Lars Winter (SPD) | |
| Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | i. V. v. Rasmus Andresen |
| Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | i. V. v. Eka von Kalben |
| Christopher Vogt (FDP) | i. V. v. Dr. Heiner Garg |
| Torge Schmidt (PIRATEN) | |
| Lars Harms (SSW) | |

Weitere Abgeordnete

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Freigabe von Mitteln für Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen | 4 |
| Vorlagen des Sozialministeriums Umdrucke 18/4680 und 18/4769 | |
| 2. Präsentation „Verfahren zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken, Strategie der Zinssicherung“, Jahresbericht 2014 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Kapitel 1116) | 5 |
| Umdruck 18/4768 | |
| 3. KoPers | 6 |
| Bericht der Staatskanzlei Umdruck 18/4766 | |
| hierzu: Umdruck 18/4554 (neu) (eBeihilfe) | |
| 4. Sitzungstermine 2016 | 8 |
| 5. Information/Kenntnisnahme | 9 |
| 6. Verschiedenes | 9 |

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 11:25 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Freigabe von Mitteln für Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen

Vorlagen des Sozialministeriums

[Umdrucke 18/4680](#) und [18/4769](#)

Auf Fragen der Abg. Vogt und Koch antwortet Herr Bergmann, stellvertretender Leiter der Abteilung Gesundheit im Sozialministerium, der Arbeitskreis Migration und Gesundheit, in dem das Sozialministerium Mitglied sei, bestehe seit zehn Jahren. Der PARITÄTISCHE sei mit dem Förderantrag auf diesen Arbeitskreis zugekommen. Es handele sich in der Sache um einen Folgeantrag zu einem in den vergangenen drei Jahren vom Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) geförderten Projekt, in dem 300 Klienten, davon 84 mit kritischem Interventionsbedarf, behandelt worden seien. Für 2016 sei ein weiterer Folgeantrag zu erwarten, im Haushaltsentwurf seien bereits entsprechende Mittel eingestellt worden. Eine seriöse Abschätzung der 2016 zu erwartenden Fallzahlen sei derzeit nicht möglich. Die Mitarbeiter seien beim PARITÄTISCHEN bereits beschäftigt, der PARITÄTISCHE sei für das laufende Jahr für die Lohn- und Honorarzahlungen wohl in Vorlage gegangen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP willigt der Ausschuss in die Leistung der Ausgaben aus dem Titel Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen, [Umdruck 18/4680](#), ein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Präsentation „Verfahren zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken, Strategie der Zinssicherung“, Jahresbericht 2014 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Kapitel 1116)

[Umdruck 18/4768](#)

Herr Jungk, Leiter des Referats Kredit- und Zinsmanagement, Schulden- und Derivatverwaltung des Finanzministeriums, berichtet über die Methoden zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken, [Umdruck 18/4768](#) und Anlage 1.

Der Ausschuss will sich in der nächsten Sitzung, am 24. September 2015, weiter mit dem Thema befassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

KoPers

Bericht der Staatskanzlei

[Umdruck 18/4766](#)

hierzu: [Umdruck 18/4554](#) (neu) (eBeihilfe)

Herr Muschke, Leiter des Projekts Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) des Finanzministeriums, erläutert den Sachstand zur eBeihilfe, [Umdruck 18/4554](#) (neu). Die Neufassung des Umdrucks sei wegen missverständlicher Aussagen in der ursprünglichen Fassung geschehen.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, berichtet, dass der Landesrechnungshof derzeit den Komplex eBeihilfe prüfe und den Landtag voraussichtlich in den Bemerkungen 2016 hierüber informieren werde.

Der Ausschuss nimmt den [Umdruck 18/4554](#) (neu) zur Kenntnis.

Zu KoPers berichtet Herr Dr. Büchmann, Beauftragter der Landesregierung für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung, einleitend, es sei beabsichtigt, zum 1. **Januar** 2016 das Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) als Landesoberbehörde einzurichten. Das Projektmanagement bleibe weiter in der Staatskanzlei. Zweieinhalb Monate, nachdem eine funktionsfähige Software vorliege, werde das System einsatzbereit sein. Gegenüber der am 7. Mai dem Finanzausschuss mitgeteilten Planung ergebe sich eine Verschiebung der Einführung um zwei beziehungsweise drei Monate.

Herr Höhn, Leiter, und Herr Bremer, stellvertretender Leiter des Projekts KoPers in der Staatskanzlei, tragen den aktuellen Sachstand vor ([Umdruck 18/4766](#) und Anlage 2).

Fragen von Abg. Koch nach der Möglichkeit von Schadensersatzansprüchen angesichts der gegenüber der Planung von April 2015 verzögerten Fertigstellung sowie von Abg. Schmidt nach der wirtschaftlichen Lage der Firma P&I beantwortet Herr Dr. Büchmann dahin gehend, man habe nach Abwägung im Interesse einer Fertigstellung des Vorhabens auf eine rechtliche Auseinandersetzung verzichtet. Herr Höhn berichtet, jede Zahlung an die Firma Dataport werde vom Ministerium vorab genau überprüft.

Herr Dr. Eggeling kritisiert, dass die Staatskanzlei die Schuld für die Verzögerung einseitig der Firma P&I zuschreibe. Abg. Koch stellt die Frage in den Raum, ob es nicht auch seitens des Landes ein Verschulden für die Verzögerung gebe.

Abg. Vogt fragt, ob angesichts der Abstriche beim Funktionsumfang nicht bereits jetzt von einem teilweisen Scheitern des Projekts zu sprechen sei. Hierauf antwortet Herr Höhn, die Sachstandsberichte würden zusammen mit Dataport und P&I erarbeitet. Er sei überzeugt, dass P&I am Ende eine brauchbare Software liefere. Das Jahr 2017 als Datum für die Fertigstellung des Projekts stehe weiterhin. Dr. Büchmann wirbt um Verständnis für die schwierige Lage, in der sich P&I befinde.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, weist darauf hin, dass jeder Monat Verzögerung 1 Million € Mehrkosten bedeute. Auch sinke durch die Verzögerung die Akzeptanz bei den Betroffenen. Nur in Schleswig-Holstein gebe es eine derartige Verzögerung bei einem solchen Projekt.

Herr Höhn erwidert, auch in Hamburg gebe es eine Kostensteigerung. Außerdem sei das Projekt aufgrund seines Umfangs nicht mit den Vorhaben in anderen Bundesländern vergleichbar. Herr Dr. Büchmann führt aus, man versuche die Akzeptanz für KoPers bei den betroffenen Ministerien unter anderem durch die Entfristung der Arbeitsverhältnisse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen.

Herr Dr. Eggeling hält die Antworten der Landesregierung in [Umdruck 18/4766](#) zu den Kosten (Punkte 2.2 und 2.3) sowie zur Wirtschaftlichkeit von KoPers (Punkt 3) für nicht ausreichend. So ergebe sich bei der tabellarischen Aufstellung unter Punkt 3 (Seite 6) eine Gesamteinsparung von 2,3 Millionen € während zuvor von 750.000 € pro Jahr über vier Jahre, mithin von 3 Millionen € die Rede sei.

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung, die weiteren Fragen des Landesrechnungshofs schriftlich zu beantworten.

Auf Fragen von Abg. Koch sowie Herrn Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, zum Personalübergang von den Ministerien zum DLZP antwortet Herr Bremer, es sei beabsichtigt, **im Bereich Reisemanagement** Stellen im Umfang von ungefähr 10 bis 15 Vollzeitäquivalenten zum DLZP zu verlagern.

Der Ausschuss nimmt den [Umdruck 18/4766](#) zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sitzungstermine 2016

Der Ausschuss will in der Sitzung am 24. September 2015 die Sitzungstermine für das nächste Jahr beschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/4681](#) - Geschäftsbericht 2014 GMSH

[Umdruck 18/4682](#) - Schulbegleitung

[Umdruck 18/4723](#) - Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen

[Umdruck 18/4767](#) - Optimierung Winterdienst

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/4682](#) - Schulbegleitung - und [18/4767](#) - Optimierung Winterdienst - zur Kenntnis.

Den Geschäftsbericht 2014 GMSH, [Umdruck 18/4681](#), wird der Ausschuss am 24. September 2015 mit dem Geschäftsführer der GMSH erörtern.

Zu den Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen, [Umdruck 18/4723](#), möchte der Ausschuss vom Wirtschaftsministerium wissen, ob es sich um zusätzliche Mittel handelt oder lediglich um eine Umschichtung von Mitteln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf Wunsch der Landesregierung wird die Beratung des Einzelplans 03 - Haushalt Staatskanzlei - vom 8. Oktober auf den 5. Oktober, 16:00 Uhr, verschoben.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer